

EINLADUNG

10. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Personal, Wirtschaftsförderung und Diversity

Sitzungstermin: **Dienstag, 14.06.2022, 17:30 Uhr**

Raum, Ort: **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

Tagesordnung

- 1 Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2 Annahme der Niederschriften
- 3 Nachschau Haushaltsberatungen – Auswirkungen für den Bezirk
Charlottenburg-Wilmersdorf
- 4 Verteilung von Sachmitteln zur Förderung von FEIN- **0152/6**
Einzelmaßnahmen (Freiwilliges Engagement in Nachbarschaften)
2022 im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf
BzBm'in
- 5 Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 6 Fair Trade im Bezirksamt **1567/5**
SPD-Fraktion
- 7 Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter **1677/5**
Fraktion DIE LINKE
- 8 BVV- Büroleitung sofort besetzen **1850/5**
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 9 Mittel zur Umsetzung der Berliner Seniorenpolitik im Haushalt **2044/5**
sichern!
CDU-Fraktion (Um einst. zu., HH ffd.)
- 10 Schoelerpark **2071/5**
CDU-Fraktion (Schule offen, HH ffd.)
- 11 Vorsorge für Rekommunalisierung der Schulreinigung im **0080/6**
Landeshaushalt 2022/2023 jetzt!
Fraktion DIE LINKE

- | | | |
|----|---|---------------|
| 12 | Auszubildende und Berufseinsteiger*innen als Pioniere für nachhaltige Entwicklung ausbilden
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (inkl. Ä.-Antrag) | 0097/6 |
| 13 | Entwicklung eines Gesprächsformates zur Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten
CDU-Fraktion | 0105/6 |

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Ausschussvorsitzender
Karsten Sell

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
SPD-Fraktion
Sempff/Dr. Buß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1567/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Fair Trade im Bezirksamt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, beim Kauf von Präsenten und Produkten im Rahmen von Gästebewirtungen noch intensiver auf Fair Trade zu achten.

Der BVV ist bis zum 31.12.2020 zu berichten.

Begründung:

Das Bezirksamt, insbesondere der Bezirksbürgermeister, engagiert sich bereits seit Jahren für den fairen Handel in Charlottenburg-Wilmersdorf, wie bei der fairen Rosenverteilung, fairem Frühstück, fairen Fußbällen, Ausschank von fairem Kaffee usw. Hier könnten aber noch ein paar Produkte hinzukommen, um sukzessive immer weiter auf fair gehandelte Ware umzustellen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Juckel/ Schenker/ Gronde-Brunner

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1677/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Klatschen reicht nicht – Ehrung systemrelevanter Beschäftigter

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, eine Ehrung systemrelevanter Beschäftigter durchzuführen, die im Bezirk leben oder arbeiten – als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für ihr Engagement insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Für ihre herausgehobenen Leistungen sollen die Beschäftigten an einem ebenso herausgehobenen Ort wie dem Schloss Charlottenburg geehrt werden.

Der BVV ist bis zum 31. Dezember 2020 zu berichten.

Begründung:

Mit dem Beginn der Covid-19-Pandemie sind die Beschäftigten in systemrelevanten Berufen in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt.

Auf Bundesebene wird derzeit über eine Bonuszahlung in Höhe von 1000,- EUR diskutiert. Dieser Betrag genügt nicht mal annähernd, um der nicht erst seit Beginn der Pandemie geleisteten Arbeit der Beschäftigten in systemrelevanten Bereichen Rechnung zu tragen. Es sind insbesondere die Menschen in systemrelevanten Berufen, die unsere Gesellschaft am Laufen halten. Und dennoch erhalten sie eine immer noch viel zu niedrige Entlohnung, die ihrer enormen Leistung unter überwiegend schlechten Arbeitsbedingungen in keiner Weise gerecht wird.

Der Bezirk steht in der gesellschaftlichen Pflicht, diese Menschen zu ehren, ihnen in einem offiziellen und öffentlichen Rahmen danke zu sagen und ihnen damit die entsprechende Anerkennung und Wertschätzung, die sie verdienen, entgegenzubringen. Klatschen allein reicht nicht!

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Wapler/Gusy

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 1850/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

BVV- Büroleitung sofort besetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sofort aus der entsprechenden Abteilung eine ad-äquate Stelle auf die Büroleitung der BVV umzusetzen. Ferner wird das Bezirksamt beauftragt, strukturell Vorsorge zu treffen, um Freistellungen aufgrund von Gesetzen nicht zu Lasten der Beschäftigten zu ermöglichen.

Der BVV ist bis zum 30.3.2021 zu berichten.

Begründung

Die Öffentlichkeit wird schon seit geraumer Zeit nicht mehr ausreichend über die Arbeit der BVV informiert. Die Antworten auf große Anfragen werden nicht mehr veröffentlicht, Einwohner*innenversammlungen können nicht mehr stattfinden. Die Weiterentwicklung des Rats- und Bürger*innen-Informationssystems ist in weite Ferne gerückt.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Stückler

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 2044/5**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Mittel zur Umsetzung der Berliner Seniorenpolitik im Haushalt sichern!

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert zu prüfen, wie im Haushaltsplan 2022/2023 ausreichend Mittel eingestellt werden können, die es ermöglichen, die geplanten Einzelmaßnahmen mit bezirklicher Relevanz, die den Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik zuzuordnen sind umzusetzen. Die Mittel sind u.a. vom Senat zusätzlich anzufordern.

Der BVV ist bis zum 30.09.2021 zu berichten.

Begründung:

Der Senat von Berlin hat am 4. Mai 2021 die Leitlinien der Berliner Seniorenpolitik – Zugehörigkeit und Teilnahme der Generation 60plus in Berlin – mit einem Maßnahmenkatalog verabschiedet. Im Maßnahmenkatalog sind die beabsichtigten Einzelmaßnahmen den vier Leitlinien zugeordnet und beschrieben. Sie stellen insgesamt einen Ausschnitt der Tätigkeiten des Senats und Bezirke dar. Die Maßnahmenblätter enthalten Angaben zur Umsetzungszuständigkeit und zur Finanzierung.

Die Bezirke sind an der Umsetzung der seniorenpolitischen Maßnahmen beteiligt, jedoch fehlen im Maßnahmenkatalog Angaben über deren Finanzierung durch die Bezirke.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
5. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Klose/Hertel

TOP-Nr.:

Antrag

DS-Nr: 2071/5

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Schoelerpark

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, den Schoelerpark gärtnerisch zusammen in der Wilhelmssaue zu pflegen. Gleichsam sollen die Wege und Rampen baulich instandgesetzt werden.

Der BVV ist bis zum 31.12.2021 zu berichten.

Begründung:
ggf. mündlich

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag

Fraktion DIE LINKE

Grunde-Brunner/Juckel/Zetsche

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0080/6**

Beratungsfolge:

*Datum**Gremium*

BVV

Vorsorge für Rekommunalisierung der Schulreinigung im Landeshaushalt 2022/2023 jetzt!

Die BVV möge beschließen:

Im Bezirksdoppelhaushalt 2022/2023 werden die personellen und sachlichen Voraussetzungen für die Rekommunalisierung der Schulreinigung gemäß dem Beschluss „Saubere Schulen für Charlottenburg-Wilmersdorf“ (Drs. Nr. 1425/5) getroffen. Maßgeblich ist dabei die Umstellung auf Eigenbetrieb von mindestens 25 % der Schulen zum Beginn des Schuljahrs 2022/2023 und von mindestens 50 % der Schulen zum Beginn des Schuljahrs 2023/2024.

Des Weiteren wird darauf geachtet, dass Reinigungsverträge mit Fremdfirmen über den 31.12.2022 hinaus nur für jene Schulen verlängert oder neu ausgeschrieben werden, die noch nicht auf Eigenreinigung umgestellt haben. Für das Schuljahr 2022/2023 sind das entsprechend 75% der Schulen im Bezirk und für das Schuljahr 2023/2024 nur noch 50% der Schulen.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sich beim Senat im Rahmen der Haushaltsdebatte/-verhandlungen konsequent dafür einzusetzen, dass die notwendigen Stellen und Mittel für den Beginn der schrittweisen Rekommunalisierung der Schulreinigung im Doppelhaushalt 2022/23 eingestellt werden.

Dies soll auch durch die Bürgermeisterin in die Stellungnahme des RdB (Rat der Bürgermeister) eingebracht werden.

Begründung:

Seit mehr als zwei Jahren liegt ein Beschluss der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf zur Rekommunalisierung der Schulreinigung im Bezirk vor (Drucksache 1425/5). Diese soll so schnell wie möglich begonnen und zum Schuljahr 2025/26 abgeschlossen sein. Die Partner:innen der Grün-Roten Zählgemeinschaft in Charlottenburg-Wilmersdorf haben

sich auf die Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung geeinigt und dies in ihrer Vereinbarung festgehalten. Auch die Koalition auf Landesebene hat im Koalitionsvertrag die Rekommunalisierung der Schulreinigung ab dem Jahr 2023 beschlossen. Diesen Ankündigungen müssen nun Taten folgen. Im bisher vorliegenden Senatsentwurf für den Doppelhaushalt ist für die Umstellung von Fremd- auf Eigenreinigung der Schulen noch keine Vorsorge getroffen.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Kempf/Weise/Nebel

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0097/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Auszubildende und Berufseinsteiger*innen als Pioniere für nachhaltige Entwicklung ausbilden

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, allen Auszubildenden und Berufseinsteiger*innen des Bezirksamts zu Expert*innen für die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) der Vereinten Nationen auszubilden und zu befähigen, in ihrem Arbeitsumfeld deren Umsetzung voranzutreiben.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind geeignete Fortbildungsmaßnahmen (z.B. Workshops) anzubieten. Die Teilnehmer*innen sollen befähigt werden, ihre Expertise im Rahmen ihrer beruflichen Weiterentwicklung einzusetzen und als Multiplikator*innen für die SDGs zu wirken.

In den mittelfristigen Fortbildungsplänen für alle Mitarbeiter*innen des Bezirksamts soll die nachhaltige Entwicklung und die SDGs ein integraler Bestandteil werden.

Der BVV ist bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.

Begründung

Die „Agenda 2030“ mit ihren 17 Zielen – konkretisiert in 169 Zielvorgaben – für eine nachhaltige Entwicklung (SDGs) ist ein globaler Aktionsplan der Vereinten Nationen, der von der UN-Generalversammlung im September 2015 verabschiedet wurde und seit Jahren Teil der Nachhaltigkeitsstrategie Deutschlands ist. Grundvorstellung ist, dass eine nachhaltige Entwicklung nur dann möglich ist, wenn Umwelt und Klima geschützt und erhalten sowie alle Menschen beteiligt und gleichberechtigt behandelt werden. Die SDGs vereinen ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele. Deren Erreichung erfordert eine enge Zusammenarbeit von Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die SDGs sind die ersten globalen Ziele, die explizit auch Kommunen mit einbeziehen. Gerade auf regionaler Ebene braucht es Kommunen, Unternehmen und Organisationen, die die Umsetzung der SDGs vorantreiben. Um SDG-orientierte Strategien zu entwickeln, müssen die Nachhaltigkeitsziele den BA-Mitarbeitern vermittelt und konkrete Maßnahmen/Projekte zur Förderung der SDGs im Bezirk diskutiert werden.

Das Angebot für Auszubildende und Berufseinsteiger soll ein Einstieg sein, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit der nachhaltigen Entwicklung zu schärfen. Mittelfristig sollen Informations- und Weiterbildungsmaßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung in die Fortbildungspläne aller Mitarbeiter*innen integriert werden.

Drucksachen

der Bezirksverordnetenversammlung
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin
6. Wahlperiode

Ursprung: Antrag
CDU-Fraktion
Häntsch/Sandvoß

TOP-Nr.:

Antrag**DS-Nr: 0105/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

Entwicklung eines Gesprächsformates zur Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, ein Gesprächsformat für Gewerbeflächenvermieter zu entwickeln, mit den folgenden vorrangigen Zielen:

- Abstimmung von Leitlinien für angemessene Gewerbemieten;
- Möglichkeiten für zahlbare Mieten für Gründerinnen und Gründer, Kleinbetriebe aber auch Handwerksunternehmen sollen im Vorfeld untersucht und Wege diese darzustellen aufgezeigt werden;
- Mieterinnen und Mietern soll eine langfristige Perspektive ermöglicht werden, so dass Investitionen und Qualitätssicherung vor Ort getätigt werden können;
- Förderung von Vielfalt im Sinne der Gewerbebezwecke;
- Unterstützung von freien Trägern im Bezirk
- Werbung für den Handels- und Gewerbebestandort Charlottenburg-Wilmersdorf.

Begründung:

Mieterinnen und Mieter stehen vermehrt vor Herausforderungen, für den Geschäftszweck passende und erschwingliche Gewerbeflächen zu finden, die ihnen eine langfristige Geschäftsperspektive ermöglichen.

Im Sinne der Willkommenskultur für die Wirtschaft inklusive des Handwerks werden freiwillige Vereinbarungen als zielführendes Mittel erachtet, um die aktuellen Herausforderungen zu lösen.